

In einem dramatischen Verhandlungsmarathon von 17 Stunden wurde dem Frieden in der Ukraine und ihrer Wirtschaftsentwicklung eine Chance gegeben. Der Konflikt aber sitzt tief und gehört sogar zur 2+4-Geschichte. Die NATO kehrt derweil in alte Stellungen zurück.

Nicht die schönste Nacht

Wechselbäder und deutsche Interessen

Zwischen Mittwochabend und Donnerstagmorgen entschied sich das Schicksal der Friedensinitiative von Berlin und Paris in Minsk.

Von Klaus Joachim Herrmann

Am späten Vormittag steigen die Kurse. Der deutsche DAX legt zu. »Frischer Rückenwind aus Minsk«, sagt ein Händler. An der Moskauer Börse schnipsen die Kurse sechs Prozent in die Höhe. »Minsk unterstützt den Rubel«, lautet eine russische Schlagzeile. »Dies war nicht die schönste Nacht meines Lebens, der Morgen ist aber gut, weil es uns trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, uns über das Wichtigste zu einigen«, so fasst Wladimir Putin am Donnerstag vor Journalisten rund 17 Stunden härtester Verhandlungen zusammen.

Vor Mitternacht hört man aus den Verhandlungen von Russlands Außenminister Sergej Lawrow, es laufe »besser als super«. Nicht weit nach Mitternacht sieht es nach Abbruch aus. Putin soll nicht mehr mitmachen. Doch es geht weiter. Das Abschlussdokument ist angeblich unterschriftsreif, der Minsker Gipfel steht vor einem Durchbruch. Dann scheidet die Einigung auf eine Waffenruhe. Die Separatisten wollen nicht. Schließlich verkündet Putin, dass eine Waffenruhe beschlossene Sache sei.

Ein höchst zufriedener Gastgeber sortiert die vier entscheidenden Teilnehmer für ein Foto vor den Landesflaggen. Die Stimmung scheint gelöster als am Vorabend. Der stets immer wieder gern als Despot gescholtene und gern gemiedene belarussische Präsident Alexander Lukaschenko kann mit seiner Landeshauptstadt gute Schlagzeilen machen. Wenn alles gut ginge, würde das zweite Treffen in Minsk zur Entschärfung des ukrainischen Konfliktes als Wendepunkt zum Besseren in die Geschichte eingehen. Wenn die

Vereinbarungen denn halten und eingehalten würden.

Einen ungeschminkten Einblick in die Interessen der deutschen Wirtschaft gibt seit dem frühen Morgen Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Unternehmern und Geschäftsleuten in der Berliner Industrie- und Handelskammer. »Brücken bauen, Türen öffnen und offen halten« lautet sein Credo. Während in Minsk die Teilnehmer noch im Zickzack auf eine Einigung zusteuern, erläutert der Osteuropaexperte deutsche Sichten auf die Krise.

Cordes sieht im deutsch-russischen Verhältnis nach 10 bis 15 erfolgreichen Jahren eine »kritische Entwicklung« besonders für die Autobranche und den Maschinenbau, zweistellige Einbrüche im Warenaustausch. Bei den 6000 Unternehmen in Russland mit deutscher Beteiligung, die insgesamt 250 000 Beschäftigte haben, werden die wirtschaftlichen Aussichten laut einer Umfrage als »so düster wie noch nie« beurteilt. Die bisherige »deutsch-russische Erfolgsgeschichte« sei infrage gestellt, das Vertrauen sinke. »Eine schlechte Situation, wenn nicht sogar eine gefährliche.«

Mit den gegenseitigen Sanktionen sei die politische Krise »mitten in der Wirtschaft angekommen«, sagt Cordes. Aus dem Unterschied von 120 Milliarden Euro Export der Europäischen Union und 10 Milliarden Euro der USA nach Russland lassen sich auch Unterschiede in der Sanktionsdebatte erklären. »Ein isoliertes Russland wird kein einfacher Partner. Im Gegenteil!«

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sei ein Kind des Kalten Krieges, erinnert dessen heutiger Vorsitzender. Dem Gremium sei es immer um »mehr als schnödes Geldverdienen gegangen«. Der Bau von Brücken, der Wandel durch Handel seien einem Wandel durch Annähe-



Auch in Dokuschajewsk im Donezker Gebiet ist viel wieder aufzubauen.

Foto: AFP/Dominique Faget

rung vorausgegangen. Jetzt aber beginne Vertrauen, das über viele Jahre aufgebaut wurde, zu zerfallen.

Die Ukraine sieht er »als Opfer einer Vertrauenskrise zwischen Russland, der EU und den USA«. Auch die Krim – »Ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht!« – hätte anders behandelt werden können. Doch die Charta von Paris von 1990 über eine neue Weltordnung sei »an die Wand gefahren worden«. Die per Handschlag getroffene Übereinkunft zwischen dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und seinem US-Kollegen James Baker, dass es keine Ostausdehnung der NATO geben werde, sei nicht eingehalten worden.

Nach Minsk kam Russlands Präsident am Vorabend als letzter und allein. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande bildeten mit dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko wenigstens vor den Kameras eine anscheinend verschworene Gemeinschaft. Das tat dem Mann aus Kiew sichtlich gut tut. »Wir sprechen mit einer Stimme«, kündigte er vor Verhandlungsbeginn an.

Später zeigte er sich unversöhnlich und kompromisslos. Sicher auch mit dem Blick in die eigene Hauptstadt, wo nicht nur sein Premier Arseni Jazenjuk den aggressiven US-Kurs fährt und damit Anhänger fin-

det. Hatte Poroschenko noch in Kiew mit der Verhängung des Kriegsrechts über die ganze Ukraine gedroht, wollte er sich nun »keinen Ultimativen« beugen. Die Freilassung aller Geiseln und auch der in Russland angeklagten Pilotin Nadja Sawtschenko war ihm später als Erfolgsmeldung die Mitteilung an die Presse wert.

Er wollte nicht mit den Aufständischen der Ostukraine verhandeln. Auf die habe Putin Druck gemacht, lobten später Merkel und Hollande. Doch alles kann jederzeit platzen. Die Waffenruhe ab Sonntag 0.00 Uhr und auch die Kommunalwahlen in Donezk und Lugansk. Die lassen sich ohnehin erst für den Sommer ansetzen.

Wettbewerb der Gestik

Vereinbarte Funkstille ließ viel Raum für Interpreten

Von Irina Wolkowa, Moskau

Der Minsker Gipfel erwies sich auch für die russischen Medien als eine Zitterpartie mit bis zum Ende offenem Ausgang. »Gipfel ohne Garantien« – »Frieden ohne Status«, »Es gibt keine Chance, also nutzen wir sie«, titelten russische Medien ihre Berichte. Mangels konkreter Informationen – die Akteure hatten absolute Funkstille vereinbart – lieferten sie sich einen gnadenlosen Wettbewerb in Sachen Redundanz und bei der Interpretation von Gestik und Mimik der Unterhändler beim Fototermin zu Beginn des Krisengipfels Mittwochabend. Und mehr-

»Dank der Aktivität der Bundeskanzlerin ist es heute gelungen, eine Einigung zu erzielen.«

Alexander Lukaschenko, Präsident Belorusslands

fach drohte ein Kompromiss an Forderungen Kiews und Moskaus zu scheitern, die die jeweils andere Seite als »nicht akzeptabel« kritisierte. Darunter Direktkontakte Kiews mit den Separatisten, auf denen Russlands Außenminister Sergej Lawrow bestand, und ein unmittelbarer und umfassender Waffenstillstand, den die Rebellen »fast unmöglich« nannten.

Noch kurz vor Verhandlungsende schockte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der den Verhandlungsraum in der Nacht mehrfach verlassen hatte, um sich zu konsultieren, mit den Worten, er habe nach wie vor keine guten Nachrichten. Der Erfolg stehe auf der Kippe, warnte zeitgleich die russische Nachrichtenagentur TASS, die kurz zuvor noch gemeldet hatte, ein Plan aus 12 oder 13 Punkten stehe kurz vor der Unterschrift.

Differenzen, so der Tenor erster Reaktionen aus russischen Denkfabriken, habe es nicht nur zu möglichen Lösungsansätzen, sondern auch bei der Bewertung des Verhandlungsverlaufs gegeben. Auch der letztendlich erzielte Kompromiss lasse viel Raum für Interpretation.

Wirtschaftliche Schocktherapie im Schatten des Krieges

Der Internationale Währungsfonds gibt Kiew weiter Kredite – unter der Bedingung schmerzhafter Strukturanpassung

Ein Rezept für die Katastrophe sehen Experten in der Schocktherapie, die der Internationale Währungsfonds mit der Unterstützung des Westens zurzeit in der Ukraine einführt. Nun gibt es neue Kredite

Von Olli Will und Jens Malling

Steht der Internationale Währungsfonds (IWF) in der Tür, ist die Krise längst in voller Blüte. So ist der Umstand, dass sich der IWF mit Kiew vorläufig auf ein Vierjahresprogramm in Höhe von 17,5 Milliarden Dollar (15,5 Milliarden Euro) geeinigt hat, mindestens so sehr Ausdruck der Krisendimension wie Zeichen der Hoffnung, wie die Einigung von IWF-Chefin Christine Lagarde am Donnerstagmorgen in Brüssel interpretiert wurde. Sie sprach von einem möglichen »Wendepunkt« für den krisengeschüttelten und pleitebedrohten Staat.

Es steht ernst um die Ukraine: »Die Ukraine befindet sich wirtschaftlich momentan im freien Fall. Das hat in

erster Linie mit dem Krieg und den Problemen, die das Janukowitsch-Regime und 25 Jahre miserable Regierungsführung hinterlassen haben, zu tun. Das Land verlor 2014 ungefähr 7,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes«, sagt der Experte für post-sowjetische Wirtschaft Josh Cohen. Der IWF verschreibe Medikamente, die nur alles schlimmer machen würden. Das seien die Senkung von Sozialleistungen und die Abschaffung von Subventionen des Energieverbrauchs der Haushalte, sagt der Experte, der häufig zu Publikationen der »Moscow Times« und »Foreign Policy« über die Ukraine beiträgt. »Es wird schmerzhaft, vor allem für die Ukrainer, die sich schon am Rande der Gesellschaft befinden.«

Die Regierung in Kiew hob schon eine Reihe von Steuern an, kürzte die ohnehin niedrigen Renten und Gehälter, fror den Mindestlohn ein. Im April 2014 verpflichtete sich Kiew für ein Kreditpaket des Fonds mit einem Wert von 17 Milliarden Dollar zu einem umfassenden Sozialabbau. Aber

wenn die einfachen Bürger in einem der ärmsten Länder Europas den Gürtel enger schnallen müssen, wer profitiert dann von der Krise?

Laut »Wall Street Journal« nutzte die US-Investmentfirma Franklin

»Es gibt, wie es jetzt scheint, keine Alternative zum IWF-Programm. Wenn sie es nicht durchführen, geht der Staat pleite.«

Josh Cohen, Experte

Templeton die politischen Unruhen, die im November 2013 in der Ukraine ausbrachen, um auf das Land zu »wetten«: Das Unternehmen kaufte für mehr als sieben Milliarden Dollar billige ukrainische Staatsanleihen. Es hoffte, dass sie bei einer Lösung der Krise im Wert steigen. In einem You-

tube-Werbevideo vom 5. April 2014 lobt der Global Bond Portfolio Manager von Franklin Templeton, Michael Hasenstab, beim Schlendern über den Maidan die Ukraine als gutes Geschäft. Templeton und andere Firmen gehen davon aus, dass das Land wirtschaftlich entweder von Russland oder dem Westen gerettet werden muss. So sieht es auch Mark Weisbrot, Direktor des Zentrums für Wirtschaftsforschung und Politik (CEPR), einer Organisation mit Sitz in Washington.

Einer der Hauptpunkte des Programmes des IWF ist denn auch, dass das Land seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen muss. Damit würde auch von Investoren wie Franklin Templeton Schaden abgewendet. Als Retter erwiesen sich dann einmal mehr die Steuerzahler, auch in der Europäischen Union, meint Josh Cohen. »Steuerzahler im Westen, in Japan, in China finanzieren den IWF. Die Frage ist, ob unser Geld, wenn man dem Geldfluss unseres Steuerbeitrags zum IWF, vom IWF zu Kiew

und von Kiew zu Franklin Templeton und anderen Investoren folgt, für Unternehmen ausgegeben werden soll, die groß auf die Ukraine gewettet und verloren haben, um damit die Kastanien aus dem Feuer zu holen?«

Die politischen Konsequenzen der Sparmaßnahmen könnten sich als explosiv erweisen, warnt Josh Cohen. Er war in den 90er Jahren für die Hilfsorganisation des US-Außenministeriums USAID aktiv, als der IWF eine ähnliche Wirtschaftspolitik in Russland verfolgte. Nun werde die Ukraine auf der einen Seite durch eine militärische Intervention Russlands bedroht. Auf der anderen Seite schreibe der Westen durch den IWF eine sehr harte Wirtschaftspolitik vor. »Man kann sagen, dass der Westen die Tatsache ausnutzt, dass die Ukrainer keine Wahl haben. Es gibt, wie es jetzt scheint, keine Alternative zum IWF-Programm. Wenn sie es nicht durchführen, geht der Staat pleite«, führt Cohen aus.

Anfang Dezember kam es zu einer Umbildung des Kabinetts in Kiew. Fi-

nanzministerin wurde die US-Amerikanerin Natalija Jaresko, der Li-tauer Aivaras Abromavicius Wirtschaftsminister. Zuvor wurde die Ukrainerin Valerija Gontareva Zentralbankchefin. Alle drei kommen aus der Finanzwelt. Dort waren sie mit der Verwaltung von Kapitalfonds beschäftigt.

»Die Regierung in Kiew bemüht sich sehr, den IWF-Empfehlungen zu folgen. Die neuen Minister sind bereit, alles in ihrer Macht zu tun, um das Programm durchzuführen«, sagt Cohen. Angesichts des Krieges in der Ostukraine kümmere sich die einfachen Menschen um Hilfe in der Not, suchen Unterkünfte für Hunderttausende Flüchtlinge, müssen ihre Toten begraben. »Das macht es für die Regierung leichter, die Schocktherapie durchzusetzen«, sagt Cohen. Mark Weisbrot ergänzt: »Die Großmächte im Westen rechnen nicht damit, dass die ukrainische Bevölkerung sich klar macht, in welchem Ausmaß sie für diese tiefe Rezession verantwortlich sind.«